

Protokoll

Begrüßung

Peter Adrian eröffnet die Sitzung des DIHK-Präsidiums und begrüßt die Teilnehmenden. Er begrüßt insbesondere die Mitglieder des Ältestenrates Gabriele Hohenner, Burkhard Landers und Andreas Tielmann. Entschuldigt sind die Ehrenpräsidenten Ludwig Georg Braun und Dr. Eric Schweitzer sowie als Mitglied im Ältestenrat Friederike C. Kühn.

Peter Adrian stellt fest, dass die Tagesordnung am 10. Juni 2026 satzungsgemäß bereitgestellt wurde. An der Ordnungsmäßigkeit der Einladung werden keine Zweifel geäußert.

Krister Hennige stellt einen Antrag zur Änderung der Tagesordnung. Er bittet um die Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes bezüglich der Findungskommission zur Nachfolge des Präsidenten. An der Diskussion zur Änderung der Tagesordnung beteiligen sich Krister Hennige, Peter Adrian, Elmar te Neues und Stephan Wernicke. Peter Adrian verweist auf die Berichte des Präsidenten zum Nachfolgeprozess im geschäftsführenden Präsidium, im Präsidium sowie in der Vollversammlung im März 2026. Diese wurden zustimmend zur Kenntnis genommen mit der Folge, dass eine Änderung zum jetzigen Zeitpunkt eine erneute Befassung - auch in der Vollversammlung - erfordern würde. Der Antrag wird zurückgezogen.

Peter Adrian stellt fest, dass die Tagesordnung in der vorgelegten Fassung als genehmigt gilt sowie die Beschlussfähigkeit des Präsidiums gegeben ist. Er weist darauf hin, dass zum Protokoll der Sitzung vom 18. März 2026 innerhalb der dafür vorgesehenen Frist keine Anmerkungen eingingen. Das Protokoll gilt somit satzungsgemäß als genehmigt und wurde auf der DIHK-Website veröffentlicht.

TOP 1: Bericht des Präsidenten

Peter Adrian berichtet über die politische sowie wirtschaftliche Lage in Deutschland und im internationalen Vergleich und skizziert die wesentlichen Handlungsfelder. Er beschreibt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als anhaltend schwach und verweist auf eine eingetrübte konjunkturelle Stimmung sowie anhaltende strukturelle Belastungen für Unternehmen.

Er betont die Notwendigkeit eines umfassenden Reformprogramms insbesondere in den Bereichen Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt, Bürokratie und Steuern, um Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsanreize zu stärken. Zudem verweist er auf die Notwendigkeit eines pragmatischen Vorgehens in der Energiepolitik.

TOP 2: Austausch zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage

Helena Melnikov greift die Ausführungen von Peter Adrian zur wirtschaftlichen Lage auf und eröffnet den Austausch zur Lage in den Regionen. Sie weist auf die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Ostdeutschland im Vorfeld der anstehenden Wahlen im September sowie auf die bereits erfolgten Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hin und ordnet diese als relevante Weichenstellungen für die Bundespolitik ein.

Am Austausch zur aktuellen Lage beteiligen sich Ulrich Caspar, Stefan Hagen und Birgit Hakenjos. Thematisiert werden unter anderen Herausforderungen beim Infrastrukturausbau, bei der Ansiedlung von Daten- und Rechenzentren, sowie fehlende kommunale Anreize aufgrund der

aktuellen Gewerbesteuersystematik. Weiterhin werden konkrete infrastrukturelle Defizite und deren wirtschaftliche Folgen angesprochen. Hervorgehoben wird die angespannte Lage der Industrie mit rückläufigen Erweiterungsinvestitionen. Die Notwendigkeit politischer Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Energie- und Arbeitsmarktpolitik wird übereinstimmend betont.

Am Austausch zu den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg beteiligen sich Arne Rössel, Susanne Szczesny-Oßing, Jan Stefan Roell und Manfred Schnabel. Thematisiert werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz sowie die Perspektiven für die Unternehmen unter der neuen Koalition in Baden-Württemberg. Dabei wird auf ausbleibende wirtschaftspolitische Impulse in Rheinland-Pfalz verwiesen. Die Inhalte des Koalitionsvertrags in Baden-Württemberg, insbesondere zu Bürokratieabbau und Industriepolitik, werden grundsätzlich positiv bewertet. Bürokratieabbau wird als wirkungsvoller Ansatz zur Entlastung der Unternehmen eingeordnet. Zudem wird die Signalwirkung einer konsequent wirtschaftsfreundlichen Landespolitik auf den Bund betont.

Am Austausch zu den anstehenden Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern beteiligen sich Klaus Olbricht, Krister Hennige, Max Jankowsky, Torsten Herrmann, Sebastian Stietzel sowie Arne Rössel. Erörtert werden Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Thematisiert werden unter anderem Insolvenzentwicklungen, rückläufige industrielle Aktivitäten sowie Fachkräfte- und Beschäftigungsfragen. Hervorgehoben werden die politische Fragmentierung, veränderte Mehrheitsverhältnisse sowie eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und deren Auswirkungen auf die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessenvertretung. Das Engagement der IHK-Organisation durch Wahlforen, Wahlprüfsteine und den Dialog mit politischen Akteuren wird betont.

TOP 3: DIHK-Positionen

TOP 3a: Digitale und technologische Souveränität – Potenziale nutzen, Wohlstand sichern, Geopolitik gestalten

Dirk Binding stellt die Eckpunkte des DIHK-Positionspapiers zur digitalen und technologischen Souveränität vor. Er erläutert die fortbestehenden Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern in zentralen Bereichen des digitalen Ökosystems und betont das Ziel, bestehende industrielle und technologische Stärken in wettbewerbsfähige, skalierbare Lösungen zu überführen. Zugleich verweist er auf die zunehmende Verwundbarkeit digitaler Infrastrukturen und die wachsende geopolitische Bedeutung technologischer Systeme. Digitale Souveränität wird dabei nicht als Autarkie verstanden, sondern als Fähigkeit, Abhängigkeiten durch Wahlmöglichkeiten und resiliente Strukturen zu reduzieren. Das Papier benennt als zentrale Handlungsfelder einen technologieoffenen Rechtsrahmen, interoperable Lösungen, den Ausbau digitaler Infrastrukturen sowie den Zugang zu Schlüsselressourcen und hebt die Bedeutung verbesserter Rahmenbedingungen durch Bürokratieabbau, Investitionen und stärkere europäische Koordination hervor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Michael Waasner, Jan Stefan Roell, Volker Treier, Frank Thewes und Malte Heyne. Das Positionspapier wird ausdrücklich begrüßt. Hervorgehoben wird die enge Verzahnung digitaler und physischer Wertschöpfung sowie die Bedeutung neuer Anwendungsfelder - wie Robotik – für die deutsche Wirtschaft. Im Umgang mit den technologischen Abhängigkeiten wird einerseits eine stärkere Unabhängigkeit von außereuropäischen Anbietern gefordert, andererseits wird betont, dass resiliente Strukturen und strategische Partnerschaften

erfolgreicher seien als eine angestrebte Autarkie. Insgesamt besteht Einigkeit, dass die geopolitische Dimension digitaler Souveränität stärker in den wirtschaftspolitischen Fokus gerückt werden sollte.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium beschließt das DIHK-Positionspapier „Digitale und technologische Souveränität – Potenziale nutzen, Wohlstand sichern, Geopolitik gestalten“ unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse.

Ergebnis

Zustimmung: 28

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

TOP 3b: Voraussetzung für eine erfolgreiche Einführung eines digitalen Euro

Rainer Kambeck skizziert die Eckpunkte der DIHK-Position zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einführung eines digitalen Euro. Er erläutert, dass die IHK-Organisation die Einführung eines digitalen Euro grundsätzlich unterstützt, da sie zur Stärkung einer souveränen europäischen Zahlungsinfrastruktur beitragen kann. Derzeit bestehen im Zahlungsverkehr erhebliche strukturelle Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern. Voraussetzung für den Erfolg sei jedoch, dass der digitale Euro einen klar erkennbaren Mehrwert für Bürger und Unternehmen biete und sich wettbewerbsfähig in das bestehende Zahlungsökosystem einfüge, ohne etablierte private Lösungen oder Bargeld zu verdrängen. Entscheidend seien zudem eine praxistaugliche Ausgestaltung, geringe zusätzliche Belastungen für Unternehmen, attraktive Kostenstrukturen sowie eine Integration in bestehende Systeme und Prozesse. Abschließend betont er, dass das Souveränitätsziel nur dann erreicht werden könne, wenn der digitale Euro auch tatsächlich genutzt werde, eine wirtschaftliche Tragfähigkeit erreicht werde und die kontinuierliche Weiterentwicklung in engem Dialog mit der Wirtschaft erfolge.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Peter Adrian, Stefan Hagen, Rainer Kambeck, Norbert Aust, Malte Heyne und Ulrich Caspar. Die Rolle von Bargeld im Kontext der Einführung eines digitalen Euro wird differenziert bewertet. Einerseits wird der Erhalt von Bargeld als Ausdruck von Freiheit und für den Handel als weiterhin bedeutsam eingeordnet. Andererseits sprechen sich einzelne Wortmeldungen für eine stärkere Ausrichtung auf digitale Lösungen aus. Zudem werden Fragen der technischen Ausgestaltung, insbesondere dezentrale Ansätze sowie Aspekte der Datensouveränität und möglicher Überwachungsrisiken angesprochen. Insgesamt wird ein Spannungsfeld zwischen Effizienzgewinnen digitaler Zahlungsmittel und dem Erhalt von Freiheits- und Souveränitätsaspekten deutlich.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium beschließt das DIHK-Positionspapier „Voraussetzung für eine erfolgreiche Einführung eines digitalen Euro“ unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse.

Ergebnis

Zustimmung: 23

Ablehnung: 1

Enthaltung: 2

TOP 4: DIHK-Ausschüsse: Neuberufung 2027 und Nachbesetzung

Robin Borrmann informiert über den anstehenden Start des Neuberufungsprozesses für die DIHK-Ausschüsse für die Sitzungsperiode 2027 bis 2030. Er erläutert den vorgesehenen Ablauf bis zur Berufung durch das Präsidium im November 2026. Insgesamt umfasst die Struktur 15 Fachausschüsse sowie den Haushaltsausschuss und die Kommission für Kammerrechtspolitik. Er verweist auf die Kriterien für die Besetzung, insbesondere Engagement, Fachkompetenz, Mindestanwesenheit sowie die Erhöhung des Frauenanteils, und erläutert die Grundlagen der Ausschusszusammensetzung und der Sitzverteilung.

Ergänzend stellt Robin Borrmann die vorgesehenen Nachbesetzungen in den Ausschüssen der laufenden Berufsperiode 2023 bis 2026 vor.

Ralf Stoffels, unterstützt durch Elmar te Neues, weist für das Protokoll ausdrücklich darauf hin, dass sich die LAG NRW für eine mit allen IHKs aus NRW abgestimmte Berufsliste einsetzen werde und bietet die uneingeschränkte Zusammenarbeit an.

Beschluss

Das DIHK-Präsidium nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und beruft die Mitglieder wie vorgeschlagen.

Ergebnis

Zustimmungen: 24

Ablehnungen: 1

Enthaltungen: 2

TOP 5: Jahresbericht des Rates für Integrität und Schlichtung

Jürgen Vormeier, Vorsitzender des Rates für Integrität und Schlichtung, stellt den Jahresbericht vor und berichtet über die Tätigkeit des Rates. Er erläutert die Prüfung der Einhaltung rechtlicher Kompetenzgrenzen sowie die Bewertung der Instrumente zur Wahrnehmung des Gesamtinteresses. Das Compliance-Management-System der DIHK wird insgesamt als voll zufriedenstellend bewertet. Prüfungen bestätigen die Kompetenzgerechtigkeit zentraler Positionierungen, auch im außen- und sicherheitspolitischen Kontext.

Er erläutert die Rolle des Rates mit zugleich konstruktiver Begleitfunktion. und weist darauf hin, dass aus Sicht des Rates die Einhaltung der Kompetenzgrenzen bei öffentlichen Äußerungen – auch auf Ebene der IHKs – Bedeutung habe.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Matthias Fonger, Jürgen Vormeier und Peter Adrian. In der Diskussion wird die Notwendigkeit eines Wirtschaftsbezugs sowie einer kontextbezogenen Einordnung hervorgehoben. Beides sollte in der Formulierung zum Ausdruck kommen.

Das Präsidium nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und dankt Jürgen Vormeier und dem Rat für Integrität und Schlichtung für seine Tätigkeit.

TOP 6: Reformen und Realität: Wirtschaftspolitische Perspektiven für den Herbst

Helena Melnikov berichtet über aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen und verweist auf Fortschritte bei zentralen Gesetzgebungsverfahren. Dazu gehört vor allem das Infrastruktur Zukunftsgesetz, das für die Verwendung des Sondervermögens für Infrastruktur und viele Bauvorhaben in den Regionen zentral ist. Vor dem Hintergrund anstehender Landtagswahlen wird die Notwendigkeit sichtbarer Fortschritte betont. Das sei vor allem beim Bürokratierückbau möglich und notwendig. Hierzu wird ein Dreiklang aus dem kompletten Abbau entbehrlicher Regelungen, einem Aussetzen aller Berichts- und Dokumentationspflichten sowie einer Umkehr der Beweislast dahingehend, dass die Behörde die Einführung oder das Aufrechterhalten einer Regelung belastbar begründen müsse und nicht wie sonst die Unternehmen. Ziel ist es, spürbare Entlastungen für Unternehmen zu erreichen und die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zu unterstreichen.

An der Diskussion beteiligen sich Torsten Haasch, Helena Melnikov, Claus Paal, Christoph Neuberg, Manja Schreiner und Sandra Hartig. In der Diskussion werden unter anderem Einschätzungen zu den Reformüberlegungen im Bereich der Altersvorsorge, Gesetzesvorhaben im Arbeitszeit- und Entgelttransparenzrecht sowie zum Bürokratieabbau im Hinblick auf die praktische Umsetzung und möglichen Be- und Entlastungen für Unternehmen diskutiert. Insgesamt wird die Notwendigkeit unterstrichen, Reformen stärker an ihren Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum auszurichten.

TOP 7: Krise im Nahen Osten: Globale Lieferketten unter Druck? Berichte aus dem AHK-Netz

Melanie Vogelbach gibt einen Überblick zu den wirtschaftlichen Folgen des Irankriegs für Energieversorgung, Produktion und Lieferketten. Die Berichte von Jan Nöther (AHK Indien) und Oliver Oehms (AHK Greater China) zeigen unterschiedliche Entwicklungen auf. Indien ist aufgrund seiner Importabhängigkeit aus der Golfregion mit Knappheiten im Energiebereich und eingetrübten Wachstumsaussichten deutlich betroffen, während in China, gestützt durch strategische Lagerhaltung, staatliche Maßnahmen und Exportbeschränkungen die direkten Auswirkungen der Krise weniger spürbar sind.

In der Diskussion, an der sich Ralf Stoffels, Sibylle Thierer, Volker Treier und Max Jankowsky beteiligen, werden die wirtschaftlichen Folgen der Blockade der Straße von Hormus sowie Strategien im Umgang mit geopolitischen Herausforderungen vertieft. Hervorgehoben werden die anhaltende Investitionstätigkeit und Anpassungen der Unternehmen in China sowie die zunehmende Bedeutung Indiens als Handelspartner für Europa.

Peter Adrian dankt Jan Nöther und Oliver Oehms für ihre Beiträge.

[Anmerkung des Protokollanten: Mittagspause 12:30 – 13:00 Uhr]

TOP 8: Gastvortrag

Peter Adrian begrüßt Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, und verweist einleitend auf die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen.

Björn Böhning betont die zentrale Bedeutung von wirtschaftlichem Wachstum. Er skizziert drei prioritäre Handlungsfelder: die Stärkung von Wachstum und Investitionen, insbesondere durch bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen; den beschleunigten Abbau bürokratischer Hemmnisse, unter anderem durch umfangreiche Maßnahmen zur Reduzierung von Berichts- und Dokumentationspflichten; sowie die Reform und finanzielle Stabilisierung der sozialen

Sicherungssysteme, einschließlich effizienter Anpassungen in der Renten- und Gesundheitspolitik. Abschließend verweist er auf die zunehmende Bedeutung einer aktiven europäischen Außenwirtschafts- und Handelspolitik vor dem Hintergrund veränderter globaler Rahmenbedingungen und betont die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Resilienz Europas weiter zu stärken.

An der Diskussion beteiligen sich Uwe Goebel, Norbert Aust, Jörg Buck, Michael Waasner, Rainer Kambeck, Christoph Neuberg, Volker Treier, Peter Adrian und Arne Rössel. Die grundsätzliche Ausrichtung auf Wachstum und Reformen wird unterstützt, zugleich werden Umsetzungsdefizite sowie der Bedarf an mehr Verlässlichkeit und konkreten Fortschritten betont. Thematisiert werden insbesondere Entlastungen für Unternehmen, steuerpolitische Rahmenbedingungen sowie Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der europäischen Handelspolitik und der Reduzierung strategischer Abhängigkeiten. Zudem werden staatliche Ausgabenpolitik, Bürokratieabbau und die Geschwindigkeit von Gesetzgebungsverfahren reflektiert. Insgesamt wird die Notwendigkeit hervorgehoben, wirtschaftspolitische Maßnahmen stärker auf Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten.

Peter Adrian verabschiedet Herrn Staatssekretär Böhning und bedankt sich für seinen Beitrag.

[Anmerkung des Protokollanten: TOP 10 wird vorgezogen.]

TOP 10: Verschiedenes und Termine

Peter Adrian gibt die nächsten Termine bekannt:

Gremiensitzungen

25. November 2026	GP, DIHK-Präsidiumssitzung und Vorabend in Berlin
26. November 2026	DIHK-Vollversammlung in Berlin

TOP 9: Gastvortrag

Peter Adrian begrüßt Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Gundula Roßbach erläutert die mittelfristige Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei verweist sie insbesondere auf einen absehbaren Anstieg des Beitragssatzes ab Ende der 2020er Jahre infolge demografischer Effekte sowie auf ein perspektivisch sinkendes Rentenniveau. Hervorgehoben wird, dass die steigende Zahl an Rentenzugängen maßgeblich durch die Altersstruktur geprägt ist und kurzfristig nur begrenzt beeinflussbar erscheint. Zudem wird die Bedeutung der Bundeszuschüsse und die grundlegenden Mechanismen der Rentenanpassung dargestellt. Darüber hinaus werden die Einführung einer kapitalgedeckten Säule sowie deren langfristige Wirkungen eingeordnet. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die Relation von Beitrags- und Bezugsdauer sowie Anreize für eine längere Erwerbsbeteiligung thematisiert. Auch Fragen zur Ausgestaltung vorgezogener Altersrenten und zur versicherungsmathematischen Perspektive werden angesprochen. Insgesamt wird die Notwendigkeit einer nachhaltigen Balance zwischen Leistungsniveau und Beitragssatz hervorgehoben.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Krister Hennige, Rainer Kambeck, Peter Adrian und Jan Stefan Roell. In der Diskussion werden unter anderem die langfristigen Auswirkungen der Kapitaldeckung, die Entwicklung des Beitragssatzes sowie deren Bedeutung für das Rentenniveau erörtert. Hervorgehoben wird die Rolle einer längeren Lebensarbeitszeit sowie geeigneter Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Zudem werden Fragen zur Gestaltung

vorgezogener Altersrenten, zur Einbeziehung von Minijobs sowie zu Potenzialen zur Abfederung demografischer Effekte, insbesondere durch stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Zuwanderung, angesprochen. Auch mögliche Anpassungen der Regelaltersgrenze sowie die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen werden thematisiert. Insgesamt wird ein struktureller Anpassungsbedarf zur Stabilisierung der Rentenversicherung festgestellt.

Peter Adrian verabschiedet Frau Roßbach und bedankt sich für Ihren Beitrag.

Im Anschluss beendet Peter Adrian die Sitzung und bittet die Mitglieder des Präsidiums darum, über ein Tool Feedback zur Sitzung zu geben.

Dr. Helena Melnikov
17. Juli 2026